Wettbewerb: Gegen Vergessen und für Demokratie

Aus dem Unterricht in den öffentlichen Diskurs: Schulprojekt zu Gefallenendenkmälern

Das Anliegen

Gedenkstätten stellen in der Regel eine Randerscheinung in unserer Gesellschaft dar, die lediglich an bestimmten Tagen aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt werden. Als Teil einer kollektiven Erinnerungskultur taugen sie jedoch nur, wenn sie in ihrer Bedeutung und Aussage den jungen Menschen heute noch etwas zu sagen haben und nicht - wie so oft - als Stätten des sogenannten dark tourism dienen sollen. Wenn im Geschichtsunterricht z.B. die verschiedenen Opfer des Nationalsozialismus behandelt werden, in den Gedenkstätten der Stadt aber nur der Opfer von 1939-1945 gedacht wird, dann stellt das eine Diskrepanz zwischen dem Unterrichtsschwerpunkt und der die SchülerInnen umgebenden Umwelt dar, was die Gedenkstätten nicht mehr als zeit- und auf keinen Fall als zukunftsgemäß erscheinen lässt. Auf der einen Seite sind Geringschätzung und Nichtbeachtung die Folgen, da die intendierte Botschaft oftmals ungehört verhallt. Dass auf der anderen Seite die Reden der Honoratioren der Stadt, des Lands und des Bundes z.B. am Volkstrauertag nicht allein den Kriegsopfern, sondern allen Betroffenen von Gewalt gelten, ändert am das ganze Jahr über sichtbaren äußeren Erscheinungsbild des Denkmals an sich nichts und kann sich sogar als ein gesellschaftliches Problem erweisen, wenn z.B. an reinen Gefallenendenkmälern rechtsradikale Gruppierungen rund um den Volkstrauertag aufmarschieren, Kränze niederlegen und ihre Spuren sichtbar hinterlassen.[1]

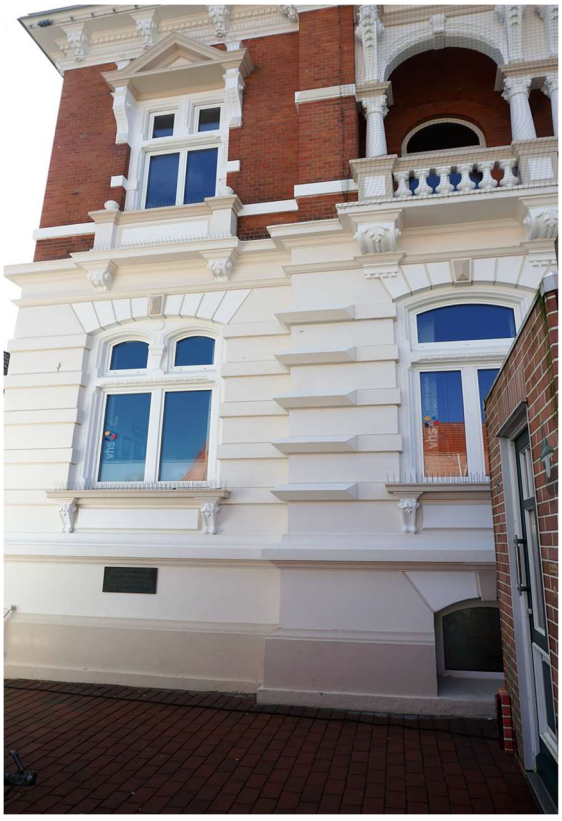
Aufmerksam wurden wir auf diesen Fakt durch den Vortrag von Dr. Stephan Linck „Heldengedenken? Die Erinnerung an die NS-Zeit im öffentlichen und kirchlichen Raum“ am 20. Februar 2019 im Landeshaus Kiel. Auch in unserer Stadt sind im Umfeld eines Gefallenendenkmals leider erste Spuren rechtsradikalen Wirkens zu erkennen. SchülerInnen des 11. und 12. Jahrgangs am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Heide störte das und sie wollten darüber diskutieren. Zwei Denkmäler sprangen dabei ins Auge: das sich in der unmittelbaren Nähe der Schule befindliche Mahnmal zum Zweiten Weltkrieg auf der Österweide und der schulische Gedenkraum. Abreißen oder mit neuem Geist erfüllen – das schienen die Alternativen zu sein.

[1] Aufnahme des Denkmals Österweide Richtung Süden.

1. Das Denkmal Österweide

1.1 Die Wahrnehmung und erste Ansätze

Die SchülerInnen begannen mit einer Umfrage in der Stadt zur Erinnerungskultur. Es stellte sich heraus, dass nur einer von 55 Befragten (ein Lehrer) die mehrere 100 Quadratmeter große Denkmalanlage an der Österweide überhaupt kannte.[2] Mag es sich auch nicht um eine repräsentative Umfrage gehandelt haben, so wurde doch deutlich, dass die Bedeutung dieser Stätte nicht (mehr) erkannt und zuweilen eher despektierlich als eine „Kranzabwurfstelle“ angesehen wird. In den Stadtführungen wird sie aufgrund der Lage nicht angelaufen, so dass auch von dieser Seite keine weiteren Erkenntnisse und Informationen erfolgen. Die „zentrale“ Gedenkstätte für alle Opfer des Nationalsozialismus, also die Stätte, die mit den Unterrichtsinhalten korreliert, ist aber zum einen nur wenige Quadratzentimeter groß und zum anderen grau auf grau gehalten, so dass die Tafel an sich schwer wahrnehmbar und in ihrer Aussage eigentlich nicht zu erkennen ist. Sie ist recht passend am geschichtsträchtigen Postelheim[3] angebracht, war aber wahrscheinlich aufgrund der wenig einprägsamen Gestaltung keinem der Befragten bekannt. Das spornte die SchülerInnen an, hier sich zu engagieren, und sie bewarben sich erfolgreich bei „Denkmal aktiv“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, um mehr fachkundige Unterstützung zu erhalten.



Bei einer Weitung des Opferbegriffes, der, wie im Geschichtsunterricht gelehrt, auch die Verfolgten zwischen 1933 und 1938 einschließt und in den offiziellen Reden ja immer wieder favorisiert wird, wird den Radikalen (und nur ihnen) etwas genommen. Das geschieht aber nur unter der Bedingung, dass sich dieser neue Opferbegriff in dem Denkmal selbst widerspiegelt und nicht nur in einer rein additiven Tafel, die auf weitere Opfergruppen hinweist. Dies verändert die damals intendierte Aussage des Gefallenendenkmals und unternimmt den Versuch, eine zeitgemäße Aussage zu generieren, die die Gefallenen nicht aus den Augen verliert, aber aller regionaler Opfer von Gewalt gedenkt. Diesem Vorgehen stimmten die Befragten zu. Weil somit die gesellschaftliche Relevanz des Themas im Mittelpunkt stand und aufgrund der guten Vorerfahrung der Schule mit der „Stiftung gegen

[2] Aufnahme des Denkmals Österweide.
[3] Aufnahme des Postel Hauses in Heide mit der „zentralen Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus“.

Extremismus und Gewalt“ ließ sich Herr Steincke als deren Vorsitzender schnell für das Projekt begeistern und bot seine Unterstützung an. Es folgte ein Aufruf in der Dithmarscher Landeszeitung, um Zeitzeugen zu finden. Nach Gesprächen mit diesen und Regionalhistorikern, Sichtung der entsprechenden Literatur und Recherchen im Stadtarchiv besorgten sich die SchülerInnen einen Termin beim Kulturausschuss der Stadt und präsentierten ihre ersten Ergebnisse und Ideen. Nach einer kurzen Diskussion, die mit den Worten begann: „Wir müssen uns schämen, von Schülern auf etwas Selbstverständliches aufmerksam gemacht worden zu sein.“ (ein Vertreter im Ausschuss) wurden ihre Ausführungen und Anregungen von dem Gremium einstimmig unterstützt. Die nächsten Etappen sind im Februar nun der Finanz- und Bauausschuss der Stadt, die überzeugt werden müssen. Dazu findet im Januar ein Treffen mit einem Architekten statt, der über die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten und Kosten informiert.

1.2 Ausblick

Die weiteren konkreten Schritte sind die Erstellung einer Informationsmöglichkeit zu den schon recherchierten Hintergründen des Denkmals[4] – dies kann mit einer Tafel, multimedial, über die Homepage des Tourismusvereins oder auch durch SchülerInnenführungen erfolgen - abhängig von der Unterstützung und dem Interesse der Stadt. Erste Kontakte zu der oberen Denkmalbehörde in Schleswig zur Aufnahme in die offizielle Denkmalliste und damit auch bei google maps etc. sind geknüpft.

2. Der Gedenkraum am Werner-Heisenberg-Gymnasium

Parallel beschäftigte sich eine weitere Gruppe mit der eigenen Schule, die im September 1933 auf Antrag des Kollegiums zur Adolf-Hitler-Schule wurde und es bis 1945 blieb. Im schulinternen Gedenkraum aus dem Jahre 1963 wird in Form eines Buntglasfensters ebenfalls lediglich der Opfer von 1914-18 und 1939-1945 gedacht.

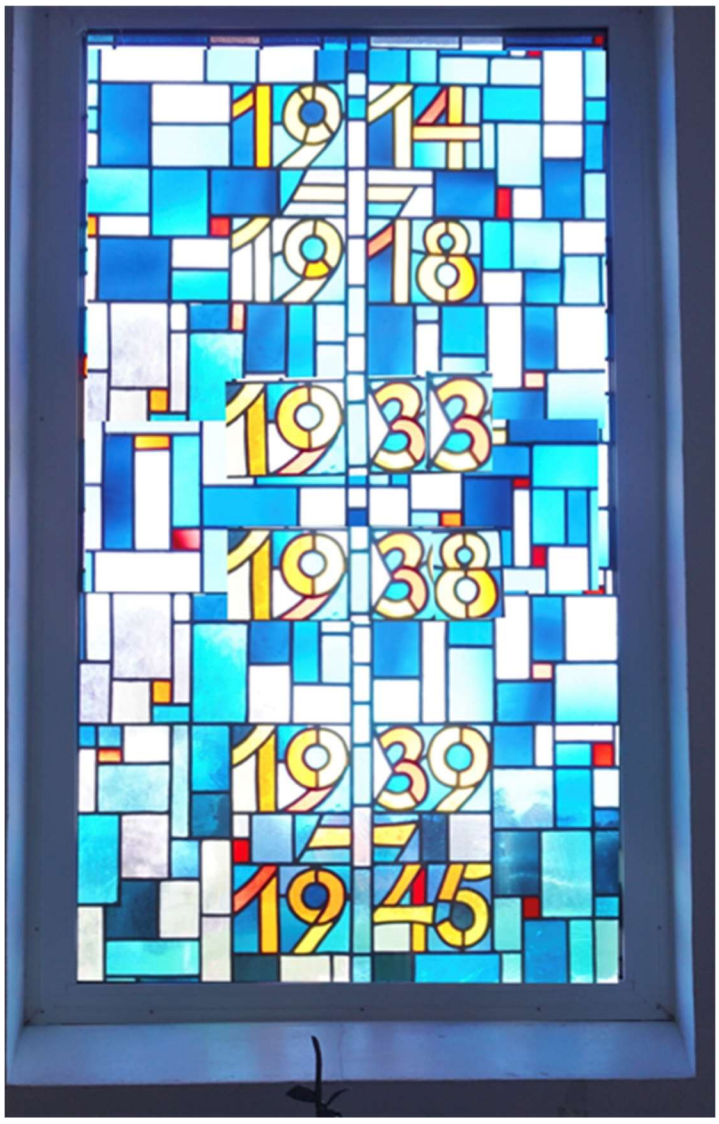
Nach einem Aufruf im „Neuen Band“, dem Heft des Ehemaligenvereines der Schule, und Darstellung der Ideen wurde - durch den Erfolg im städtischen Gremium motiviert – das Landesarchiv in Schleswig und das Schularchiv durchforstet und nach Opfern von 1933-1938 gesucht. Es stellte sich nach Sichten von Entnazifizierungsbögen, der Konferenz- und Protokollbücher, der Schulchronik und der Abiturarbeiten heraus, dass Lehrer unter Druck gesetzt, sogar zwangspensioniert, Lehrerinnen

[4] Aufnahme der Figurengruppe des Denkmals Österweide.

entlassen und SchülerInnen gezielt in den Krieg getrieben wurden. In einer von den SchülerInnen organisierten Aula-Veranstaltung wurden vor MitschülerInnen, dem Vorstand des Ehemaligenvereins der Schule und PolitikerInnen der Stadt und des Kreises die Umsetzung der NS-Ideologie in der Schule anhand eines fiktiven Tages im Jahre 1936 nachgestellt und Opfer vorgestellt.[5] In Absprache mit dem Ehemaligenverein wird als Ergebnis dieser Aufführung das Fenster im Gedenkraum ausgetauscht. In der sich anschließenden Diskussion mit den anwesenden Stadt- und KreisvertreterInnen konnten diese das Anliegen der SchülerInnen nachvollziehen, die noch einmal verstärkt unter Bezug auf den „Heldengedenktag“ von 1936, der am gleichen Ort mit anderem Inhalt stattfand, die Gefahr für heute verdeutlichten.

2.1 Ausblick

Das sollte sich nach Auffassung der SchülerInnen auch am besten in der Tektonik niederschlagen und nicht durch eine rein additive Plakette deutlich werden. Dies wird im Gedenkraum der Schule nun in die Tat umgesetzt, indem die Zahlen 1933-1938 eingefügt werden wie in dieser Fotomontage. Alternativ wurde diskutiert, die Zahlen 1939-1945 zu lassen, aber die 9 bei 39 mit einem Animationseffekt je nach Betrachtungswinkel zu einer 3 werden zu lassen, so dass entsprechend der Perspektive (!) dort 1933-1945 oder 1939-1945 stände.[6] Dies sollte ein Entgegenkommen an potentielle Zweifler darstellen und in jedem Fall zum Nachdenken anregen, war aber aufgrund des Denkmalschutzes nicht zu realisieren. Wie weit sich schlussendlich die SchülerInneninitiative im Stadtbild niederschlagen wird, bleibt abzuwarten, aber eine Diskussion über zeitgemäße Erinnerungskultur wäre schon ein Erfolg und zumindest ein kleiner regionaler Beitrag gegen Vergessen und für Demokratie.



[5] Aufnahme der schulischen Gedenkfeier in der Aula.
[6] Fotomontage des veränderten Gedenkraumfensters.